

»Europa« als Ressource?

Institutionelle Vorbilder, Europa-Ideen und die Europäisierung der Gewerkschaften

Heike Wieters

»We begin our life as a community of free trade unions five years after the most devastating war in history. We have already made great progress in repairing the ravages and dislocations of war, and we shall promote all measures necessary to finish the task [...]. We recognize as the most urgent initial action immediate constructive steps towards the economic integration and peace, unification of Western Europe, including the incorporation of Germany in the European community.«

Sturmthal 1952, S. 260f.

Dieser Beitrag widmet sich der Frage, ob (und wenn ja wie) gewerkschaftliche »Europa-Ideen« und Erinnerungen an die »europäische Tradition« der Arbeiterbewegung eine Rolle für die Herausbildung europäischer Gewerkschaften nach Ende des Zweiten Weltkrieges spielten.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) bzw. ihrer 1950 gegründeten European Regional Organization (ERO). Untersucht wird, wie dieser europäische Gewerkschaftsverband nach dem Ende des Krieges seinen eigenen Auftrag und sein Entwicklungspotenzial in Europa und darüber hinaus imaginierte und wie »Europa« bzw. der Prozess der europäischen Integration konzeptionell gefasst wurde. Auf welche bereits vorhandenen Ideen, Akteure, Praktiken und Erfahrungen wurde sich dabei bezogen – ideologisch, politisch, kulturell und hinsichtlich institutioneller Vorbilder?

Schließlich wird in diesem Beitrag danach gefragt, welche Narrative und Erinnerungen an die eigene »europäische« Vergangenheit die sich neu formierenden internationalen Gewerkschaften mobilisierten, um selbst zentrale Akteure in einer von Systemkonkurrenz und neuer Wohlfahrtsstaatlichkeit geprägten Nachkriegsära zu werden. Dabei geht es explizit auch um Leerstellen der Erinnerungsarbeit, denn konkrete Bezüge auf europäische gewerkschaftliche Traditionen und Europa-Ideen sind insgesamt gesehen relativ rar.

Die Erinnerung an das Europa der Gewerkschaften in der ersten Jahrhunderthälfte war zwar durchaus präsent, bildete jedoch oft einen eher impliziten Deutungshorizont, der die Neuorientierung der Gewerkschaften flankierte.

Dieser Beitrag blickt vor allem auf die Gründungsphase der ICFTU sowie auf die Herausbildung und Entwicklung der Europäischen Regionalorganisation (ERO) während der 1950er Jahre. Analysiert werden Tagungsprotokolle, öffentliche Äußerungen, Pressemeldungen sowie Stimmen prominenter Gewerkschafter, die an der Gründung und strategischen Ausrichtung der ERO in besonderer Weise beteiligt waren. Zunächst wird ein kurzer Abriss der Gründungsgeschichte der internationalen Gewerkschaftsverbände gegeben und zudem das »institutionelle Feld« (Powell/Di Maggio 1983) skizziert, in dem sich ICFTU und ERO nach dem Zweiten Weltkrieg zu etablieren versuchten.

Anschließend werden Motive und Argumente sowie konkrete und implizite Rückgriffe auf »Europa-Ideen« und europäische Traditionen der Gewerkschaften in den Debatten über die Ausgestaltung und organisationale Entwicklung der ICFTU/ERO analysiert. Dafür werden insbesondere Akten und Tagungsprotokolle der ICFTU/ERO herangezogen, die sich im International Institute for Social History in Amsterdam befinden. Zum Schluss erfolgen ein kurzer Ausblick und eine Einordnung der zeitgenössischen Debatten in den politischen und institutionellen Kontext der Europäischen Integration.

Internationale Gewerkschaften im Kontext der »Europäischen Integration« nach dem Zweiten Weltkrieg

Wie das Eingangszitat unterstreicht, wurde die ICFTU erst 1949 auf dem Treffen einer Vielzahl bereits existierender nationaler Gewerkschaften in London gegründet. Mit dem Niederländer Jacobus Oldenbroek als Generalsekretär und dem Belgier Paul Finet als Präsident übernahmen zwei Männer die Führung, die beide auf lange gewerkschaftliche Karrieren zurückblicken konnten (Reinalda 1998). Fast fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges entstand damit ein internationaler Gewerkschaftsbund, der sich in seinem Gründungsdoku-

ment dezidiert von »kommunistischen«, »totalitären« und »undemokratischen« Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung abgrenzte (Sturmthal 1952, S. 259 f.). Diesem Gründungsprozess waren seit 1944/45 mehrere gescheiterte Anläufe zur Schaffung einer internationalen Einheitsgewerkschaft vorausgegangen. Die ICFTU entstand entsprechend nicht geordnet und von langer Hand geplant, sondern im Kontext einer über Jahrzehnte hinweg gewachsenen internationalen Verbandslandschaft, die stets von Konflikten, Rivalitäten und Richtungsstreitigkeiten geprägt gewesen war (Carew 2000, S. 189–199): Tatsächlich war der erste internationale Gewerkschaftsbund bereits 1901 als International Federation of Trade Unions (IFTU) gegründet worden.

Der Erste Weltkrieg hatte die Verbandstätigkeit allerdings praktisch zum Erliegen gebracht, sodass es 1919 zur faktischen Neugründung kam. Dieser – aufgrund des Ortes des Gründungskongresses – auch als »Amsterdam International« bekannt gewordene Verband gilt heute in der Forschung meist als erste »Weltgewerkschaft« (Goethem 2006). Diese versammelte sozialistische, kommunistische und sozialdemokratische Spartengewerkschaften und unterhielt an zahlreichen Standorten internationale Sekretariate. Tatsächlich waren nach dem Ausstieg der American Federation of Labor (AFL) allerdings nur noch vier außereuropäische nationale Gewerkschaften Mitglied. In der Folge hatte die IFTU nicht nur hinsichtlich der Mehrheit ihrer Mitglieder (insgesamt ca. 7,4 Millionen), sondern auch durch die geographische Lage ihrer 25 Büros (im Jahr 1936) einen starken europäischen Fokus (Paxton 1977, S. 176).

Im Jahr 1920 wurde als zweiter Verband die International Federation of Christian Trade Unions/World Confederation of Labour (IFCTU/WCL) gegründet. Sie stand eher katholischen, christdemokratischen Parteien nahe, vereinte vor allem Gewerkschaften in Deutschland, Frankreich und Italien und war mit gut drei Millionen Mitgliedern deutlich kleiner als die IFTU.

Für beide Gewerkschaftsverbände war der Zweite Weltkrieg ein massiver Einschnitt. Die bei Kriegsende aus strategischen Gründen erwogene Vereinigung der zwei Verbände scheiterte und die – mittlerweile in World Federation of Trade Unions (WFTU) umbenannte – IFTU spaltete sich schließlich 1949 nach internen Richtungsstreitigkeiten und ideologischen Querelen auf. Die aus diesem Konflikt erstandene ICFTU stieg damit zum dritten gewerkschaftlichen Weltverband auf, neben der christlichen IFCTU/WCL und der sozialistischen und kommunistischen Parteien nahestehenden WFTU, die laut Selbstbekundung die mitgliederstärkste Gewerkschaftsvereinigung war. Zu Beginn der 1950er Jahre existierten also drei internationale gewerkschaftliche Verbandsstrukturen, die sowohl punktuell kooperierten als auch miteinander konkur-

rierten und jeweils darauf abzielten, ihre Mitglieder auf internationaler Ebene und in zunehmend grenzüberschreitenden Arbeitskämpfen zu vertreten.

Um der sich politisch wie auch wirtschaftlich und sozial schnell wandelnden Situation in Europa adäquat begegnen zu können, entschied sich die ICFTU bereits kurz nach ihrer Gründung für eine Untergliederung ihrer Verbandsstrukturen. 1950 wurde daher die European Regional Organisation (ERO) aufgesetzt, die in zunehmender Eigenständigkeit darauf abzielte, »europäische« Belange vor Ort zu klären.

Bevor im nächsten Kapitel der Frage nachgegangen wird, wie die Gewerkschafter*innen diesen Schritt selbst begründeten und in welcher Weise sie hierbei an ihre eigene europäische Rolle und Tradition als Argument für die Gestaltung der Zukunft erinnerten, zunächst einige erläuternde Sätze zum historischen Kontext:

Wie die Gründung der ERO – lange vor der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages und Gründung der Montanunion im Juli 1952 – zeigt, war »Europa« zu Beginn der 1950er Jahre weit davon entfernt, eine feste politische Größe zu sein (Gilbert 2012, S. 33–39). Zwar war mit dem Europarat bereits 1949 eine von zehn Staaten getragene europäische Institution gegründet worden, der im Mai 1950 auch die Bundesrepublik Deutschland beitrug; doch hatten die Zeitgenoss*innen zu diesem Zeitpunkt allenfalls eine vage Ahnung von den Plänen für die spätere Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Von der erst 1957 entstandenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht die Rede. Dennoch hatte der »Europäische Integrationsprozess« – auch heute in der Forschung noch oft auf die EU und ihre Vorgängereinstitutionen enggeführt (hierzu Patel 2013) – längst begonnen.

Dabei handelte es sich allerdings weder um einen linearen Entwicklungsprozess noch war er hauptsächlich von staatlichen Akteuren getragen. Stattdessen ist es notwendig, den Blick gerade auch auf transnationale Bewegungen und Parteien, internationale Organisationen, Verbände und Lobbygruppen zu lenken. Denn bereits sehr früh betrachteten diese privaten Akteure »Europa« im weitesten und flexibelsten Sinne als Ort gemeinsamer Bemühungen und als »Bühne« (Zimmermann 2009, S. 16 f.) für Interessenpolitik (Kaiser/Schot 2014).

Gerade die Ebene der internationalen Organisationen muss für diese frühe Phase hervorgehoben werden. Neben der seit 1946 nun als UN-Sonderorganisation fungierenden International Labor Organization (ILO, gegründet 1919) und der Economic Commission for Europe der Vereinten Nationen (ECE, 1947) bestimmten auch die Organisation for European Economic Co-operation (OEEC, 1948) und die sicherheitspolitische North Atlantic Treaty Organization (NATO, 1949) das politische und soziale Profil der Nachkriegszeit mit. Innerhalb kur-

zer Zeit entwickelten sie sich gleichermaßen zu Foren und zentralen Akteuren (Maul 2010, S. 286). Sie boten insbesondere den Verbänden und Interessenorganisationen Anknüpfungspunkte, um Einfluss geltend zu machen, Expertise zur Verfügung zu stellen und Kontakte zu politischen Entscheidern zu etablieren.

Auch wenn sich hier nicht alle europäischen Themenfelder und Auseinandersetzungen aufzählen lassen, ist es dennoch sinnvoll, einige übergeordnete Konfliktlinien zu erwähnen, die die Diskussionen über die Rolle der Gewerkschaften und den Stellenwert »Europas« prägten.

Zum einen verschob der bereits angesprochene Systemkonflikt institutionelle Formationen und geopolitische Zugehörigkeiten in Europa nach Ende des Zweiten Weltkrieges nachhaltig. Die Gründung der ICFTU und die damit manifestierte Spaltung in einen (bzw. mit der WCL zwei) eher westlich und einen eher sozialistisch-kommunistisch orientierten gewerkschaftlichen Weltverband ist nur ein Beispiel von vielen, das auf eine (ideologische) Lagerbildung verweist. Dieser institutionelle Neuanfang und die damit zementierte Trennung einer vormals zwar konfliktreichen, aber eben doch gemeinsam gelebten europäischen Gewerkschaftstradition, mag durchaus auch erste Hinweise darauf geben, warum explizite Anknüpfungspunkte und erinnerungspolitische Bezüge auf die Zeit vor 1945 recht rar blieben.

Ein zweiter, damit im Zusammenhang stehender Trend, der die Frage nach Form und Inhalt eines europäischen Projekts nachhaltig prägte, ist die Herausbildung komplexer und streckenweise hoch expansiver wohlfahrtsstaatlicher Formationen in den meisten europäischen Nationalstaaten (Kaelble 2011). Trotz aller institutionellen Varianzen (Hall/Soskice 2001) und der unterschiedlichen Entwicklungspfade in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten (Torp 2017) vereinte diese Wohlfahrtsexpansion Europa. In der Forschung wurde dies in den vergangenen Jahren wiederholt mit dem Begriff des »Europäischen Sozialmodells« gefasst (Kott 2010; Kaelble 2000).

Gleichzeitig sorgte die Wohlfahrtsexpansion – vor allem auch bei den Gewerkschaften – für das Bewusstsein, an Verteilungskämpfen innerhalb der Nationalstaaten in besonderer Weise beteiligt zu sein (und umgekehrt gegebenenfalls auch mehr als andere verlieren zu können). Die Frage nach der Gestaltung sozialer Sicherheit in Europa jenseits des Wohlfahrtsstaates und nach Mitspracherechten in sozialen Belangen spielte somit eine zentrale Rolle bei der Diskussion über die Ausgestaltung eines wie auch immer gearteten europäischen Einigungsprozesses und das »soziale Europa« (Wieters/Fertikh 2019).

Der dritte Kontext lässt sich als (transatlantische) Grenzfrage synthetisieren. Gemeint ist damit einerseits der – im Zusammenhang mit der Systemkonkurrenz stehende – Rekurs auf transatlantische Verflechtungen und Abhängigkei-

ten ökonomischer, politischer und kultureller Natur. Von Beginn an fungierten die transatlantischen Beziehungen als zentrales Element des europäischen (Neu-)Gründungsnarrativs. Sie wurden jedoch von den westlich ausgerichteten Akteuren sowohl als Friedens- und Existenzgarantie diskutiert als auch als Kontrastfolie und formgebendes Motiv für eine Abgrenzung Europas vom Rest der Welt und insbesondere von den USA.

Insgesamt spielte die Frage nach Europas »Grenzen«, seiner (künftigen) institutionellen und ökonomischen Form sowie seinen kulturellen, sozialen und identitätsstiftenden Wurzeln für die Debatte um Europas Zukunft eine zentrale Rolle (Greiner 2012). Auch wenn sich hier, wie zu zeigen sein wird, durchaus gewisse Anknüpfungspunkte an gewerkschaftliche Erinnerungen und Erfahrungen aus der ersten Jahrhunderthälfte zeigen lassen, war die transatlantische Orientierung und die Neu-Verortung der ICFTU »im Westen« doch auch eine Zäsur, die direkte Rückgriffe auf vergangene Organisationsmodi – wie auch auf einige politische Positionierungen – nicht ohne weiteres erlaubte.

Die drei genannten Dimensionen beeinflussten entsprechend die im Folgenden in den Blick genommenen Diskussionen innerhalb der ICFTU bzw. innerhalb der ERO in besonderer Weise und strukturierten die zahlreichen Konflikte um die Zukunft der organisierten europäischen Gewerkschaftsbewegung mit.

Per aspera ad astra? Die Mobilisierung europäischer Traditionen und Europa-Ideen für die Konstruktion einer Europäischen Gewerkschaft

Die Entscheidung, den Weltgewerkschaftsverband ICFTU durch regionale Sekretariate zu unterstützen und strukturell zu verstärken, war bereits bei seiner Gründung gefallen. Auf den Gründungskonferenzen in Genf und London 1949 und 1950 war daher die Etablierung von »regional machinery« beschlossen worden, zunächst »experimental in character and unfettered by general constitutional provisions« (IISH 1950b, S. 1). Waren erst noch eher kleine Regionalbüros im Gespräch gewesen (die griechischen Gewerkschafter wünschten sich etwa eine »Balkan Organisation« und die Dänen liebäugelten mit einer skandinavischen Regionalorganisation; ebd., S. 2), setzte sich recht schnell die vor allem geographisch strukturierte gesamteuropäische ERO durch.

In der im November 1950 verabschiedeten ERO-Satzung wurde folglich die Errichtung eines europäischen Regionalsekretariats »mit weitgehender Autonomie in Angelegenheiten ihres Wirkungsbereichs« bestätigt, doch dabei betont, dass alle regionalen Sekretariate weiterhin »für ihre Aktionen dem Bund verantwortlich« seien und dass die Autorität der ICFTU »maßgebend« bleibe

(IISH 1950c). Letztlich wurden die Ziele der ERO in der Satzung eher allgemein formuliert. Sie beinhalteten das Bestreben, »zwischen allen Arten von Gewerkschaften, die freie Arbeiterorgane sind, Eintracht und Zusammenarbeit [...] zu erreichen, damit sie den Arbeitern [...] eine größere Verhandlungsstärke und vorteilhaftere Ausnutzung ihrer Mittel verschaffen«; den Wiederaufbau und »die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Völker und der unter den Verwüstungen und Nachwirkungen des Krieges leidenden Länder zu fördern«, sowie »Vollbeschäftigung« und Wohlstand zu schaffen, um das Lebensniveau, den Bildungsstand und den »Fortschritt« der »Völker aller Welt« zu heben (ebd.).

Das betreffende »Gebiet Europa« umfasste »alle Länder des europäischen Kontinents« sowie direkte Anrainerstaaten. Letztere konnten auf eigenen Wunsch beitreten, sofern der Exekutivausschuss der ICFTU die Aufnahme billigte. Diese Ziele sowie das stark geographisch definierte Operationsgebiet begründeten für sich allerdings noch nicht unbedingt, weshalb gerade die ERO als regionale Kraft der ICFTU entstand und was das spezifisch »europäische« war, dem sie sich in Zukunft widmen sollte.

Tatsächlich beschäftigten derartige Fragen die Gewerkschafter*innen innerhalb der ICFTU jedoch immens. Denn einerseits ging es um die Frage tragfähiger bürokratischer Strukturen, der Weiterentwicklung alter und neuer Netzwerke sowie um institutionellen Wandel, der die Schlagkraft der Gewerkschaften als transnationaler europäischer Akteur auch künftig sichern sollte. Andererseits kristallisierte sich »Europa« jedoch früh auch als politischer Denk- und Handlungsraum heraus, der die Erarbeitung von Positionen zu tradierten wie auch ganz neuen wirtschaftlichen, sozialen und geostrategischen Herausforderungen erforderte.

Im Fokus der Debatten stand zunächst die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Zweiten Weltkrieges in (West-)Europa. Vordergründig herrschte in dieser Frage vollkommene Einigkeit unter den ICFTU-Mitgliederorganisationen: Die Erinnerungen an menschliches Leid und Entbehrungen waren noch ebenso frisch wie jene an die politische und institutionelle Zerstörung gewerkschaftlicher Strukturen und Handlungsspielräume während des Krieges. Allerdings wurden gerade diese (oft ja durchaus sehr persönlichen) Lebensschicksale, Erfahrungen und Erinnerungen in der ICFTU/ERO kaum direkt thematisiert. Ein umfassender Bericht über die Kriegsfolgenbewältigung, der im Mai 1950 erstmals innerhalb der ICFTU debattiert wurde, beschränkte sich vor allem auf eine politische und wirtschaftliche Bestandsaufnahme und widmete der Aufarbeitung der Vergangenheit und der daraus zu ziehenden Lehren für die Zukunft nur wenige Sätze. Neben einer Analyse des Status quo stellte das

Positionspapier vor allem den »Blick nach vorn«, sprich Empfehlungen für die künftige europäische Ausrichtung der ICFTU/ERO zur Debatte.

Die künftige Notwendigkeit von engerer Kooperation in (West-)Europa wurde vor allem auf makrostrukturelle Entwicklungen zurückgeführt. Westeuropa habe im Kontext des Krieges seine Sicherheitsarchitektur verloren, und die militärische Bedrohung durch einen neuen potenziellen »aggressor of overwhelming military power« – die UdSSR wurde nicht direkt genannt – könne auch durch den Nordatlantikpakt nicht völlig aufgefangen werden.

Daher sei eine politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Staaten (West-)Europas eine Frage des Überlebens, an der alle freiheitlichen Kräfte ein großes Interesse haben müssten. Die so betonte Notwendigkeit, politische und militärische Sicherheit sowie wirtschaftliche Stabilität herzustellen, wurde von den Berichterstattern in den Kontext des Systemkonfliktes gestellt. Der zu beobachtende »long-range trend of growing barriers to foreign trade with the East-West split [...] runs straight across Europe and has reduced trade relations between the two halves of this continent to a bare trickle« (IISH 1950a, S. 3). Interessanterweise wurde dieser Trend dann doch in eine längere Perspektive gestellt und bis zur »Großen Depression« der 1930er Jahre zurückgeführt (ebd.). Dies zeigt, dass die Erinnerung an die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der »Großen Depression« zu Beginn der 1950er Jahre in Gewerkschaftskreisen sowohl thematisierbar als auch noch lebendig genug war, um als Negativbeispiel für die Folgen einer isolationistischen Handels- und Zollpolitik zu dienen.

Darüber hinaus hielten Berichte über Bewältigungsstrategien dieser historischen Krise – oft unter Bezugnahme auf Ökonomen wie Keynes – zunehmend auch »ein attraktives Theorieangebot bereit, um mit den erwarteten Problemen der Nachkriegszeit zurecht zu kommen« (Hesse/Köster/Plumpe 2014, S. 185). Die Krisenerfahrungen der 1930er Jahre wurden so auch für die europäischen Gewerkschafter zum Argument für europäische Einheitsbemühungen und koordinierte wirtschaftspolitische Planungsanstrengungen jenseits der Nationalstaaten, etwa um die drohende Überproduktion im Stahlsektor in den Griff zu bekommen.

Von Beginn an galten die USA als Maßstab und Kontrastfolie für eine neue europäische »economic union«:

»If Western Europe, instead of being divided into eighteen countries with high trade and currency barriers between them, were to form an economic union and if all problems of transition from the one to the other state were solved satisfactorily, its prospects for economic and social prosperity would doubtless be incomparably more propitious than they are at present [...]. A United Western Europe would constitute a highly indus-

trial area, with a domestic market of a population of 210 million, comparable in size, although not in wealth, with the United States and with a far higher internal purchasing power than the domestic market of the Soviet Union« (IISH 1950a, S. 5).

Isolationismus und nationale Alleingänge, so der Tenor des Papiers, führten auf lange Sicht nicht nur zu ruinöser (Standort-)Konkurrenz der europäischen Nationalstaaten, sondern erhöhten auch die Abhängigkeit (West-)Europas von Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten. Um sowohl Importsicherheit herzustellen als auch wichtige Exportmärkte für Industrieerzeugnisse zu sichern, sei daher vor allem die atlantische Gemeinschaft und nicht zuletzt eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in den »unterentwickelten Ländern« notwendig (ebd.).

Gerade Letzteres verweist auf die Bedeutung von Modernisierungs-, Fortschritts- und Entwicklungsnarrativen, die sowohl zur Analyse wirtschaftlicher Prozesse innerhalb Europas und seiner Regionen als zunehmend auch in Bezug auf Gebiete außerhalb Europas und der USA angewandt wurden (Rist 2009; Gilbert 2003). Auch wenn in den frühen gewerkschaftlichen Debatten eher allgemein von »Entwicklungsländern« die Rede war, lässt sich auf die aktuell in der Forschung viel diskutierte These des »Making Europe in Africa« verweisen. So haben etwa die Politikwissenschaftler Peo Hansen und Stefan Jonsson in ihrem durchaus kontrovers diskutierten Buch über »Eurafrika« zeitgenössische Debatten über »Europas Zukunft in Afrika« analysiert. Sie betonen insbesondere für die erste Nachkriegsdekade, dass »Eurafrica, or a joint European management of the colonial territories, was often sold as reforming, even transcending, traditional and even ill-reputed colonial relations« (Hansen/Jonsson 2016, S. 72).

Zwar wurde die von den Berichterstatlern der ICFTU zu Beginn der 1950er Jahre hervorgehobene, notwendige »Entwicklung der Ressourcen der unterentwickelten Länder« (IISH 1950a, S. 5, Übers. H.W.) als Prozess charakterisiert, der nicht nur im Interesse Westeuropas und der USA sei, sondern vor allem im Interesse der betreffenden Länder selbst vorangetrieben werden müsse (dazu auch Remppe 2012). Dennoch lassen sich gewisse historisch tradierte Vorstellungen hinsichtlich gegebener Zugriffsrechte von Europäern auf nicht-europäische Märkte und Güter in den gewählten Formulierungen nicht vollends von der Hand weisen. Die Betonung des Wertes von internationaler Solidarität schloss die Forderung, Rohstoffzugänge für Europäer zu sichern, mindestens in den Formulierungen nicht aus.

Im Vordergrund gewerkschaftlicher Debatten standen jedoch zunächst nicht primär die Beziehungen zu den Entwicklungsländern, sondern die Frage, wie der Übergang von den europäischen Nationalstaaten und ihren heimischen In-

dustrien hin zu einem vereinten Europa aussehen könne. Hierbei wurde betont, dass der Prozess nur durch solide Planung und die Festschreibung zahlreicher »social safeguards« für Arbeiter*innen in der Industrie in Angriff genommen werden könne. Denn eine Anpassung von Löhnen, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungsarrangements nach unten wurde mit Verweis auf mögliche katastrophale soziale, politische und ökonomische Folgen strikt abgelehnt (IISH 1950a, S. 5).

Da die zuvor bereits erwähnte Wohlfahrtsexpansion in den europäischen Nationalstaaten bereits in vollem Gange war, sprachen sich die Berichterstatter entsprechend entschieden für die Entwicklung eines auf fundamentalen politischen, sozialen und ökonomischen Prinzipien basierenden europäischen Einigungsplanes aus, der mindestens den Status quo absichern sollte. Sie zeigten sich allerdings überzeugt, dass ein solcher Plan von einer zentralen politischen Autorität vorangetrieben werden müsse, die am einfachsten aus dem dafür mit entsprechendem Mandat versehenen Europarat hervorgehen könne. Auch wenn der Schumann-Plan – das heißt Überlegungen für eine Montanunion – zu diesem Zeitpunkt bereits diskutiert und in einem Zusatzbericht auch schon wohlwollend aufgenommen wurde (IISH 1950d, S. 2), legten die Gewerkschafter zunächst einen eigenen Plan vor.

Der eilig entworfene 12-Punkte-Plan umfasste (1) die Reduktion innereuropäischer Zölle und Handelsbeschränkungen, (2) die Anpassung von europäischen Preisdifferenzen, (3) eine europäische Zahlungs- und Währungskonvertibilitätsstelle, (4) eine gewerkschaftliche Planungskommission, unter anderen mit Arbeitsbereichen für die Schwerindustrie und das Transportwesen, (5) Institutionen für technische Weiterbildung und Forschung, (6) einen Anpassungsfond für Industrie und Landwirtschaft, (7) die »Harmonisierung« der sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung in den europäischen Staaten, (8) Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmer*innen, (9) die Erarbeitung regionaler Integrationsvereinbarungen, (10) den Ausbau der transatlantischen Beziehungen und deren Festigung durch einen »Atlantic Council«, (11) den Ausbau von Handelsbeziehungen mit außereuropäischen Ländern und den Aufbau einer internationalen Handelsorganisation, sowie (12) die Unterstützung der Entwicklungsländer durch die 1944 gegründete International Bank for Reconstruction and Development (IBRD).

Der Bericht wurde von den Anwesenden auf der ersten Europäischen Regionalkonferenz vom 1. bis 4. November 1950 ausführlich diskutiert und in eine Resolution überführt. Die Vollversammlung empfahl schließlich nur noch zehn Punkte und führte die Vorschläge 9 bis 12 aus dem vorangegangenen Bericht zusammen, indem sie vor allem Nichtabschottung und Zusammenarbeit mit

allen freien Weltregionen forderte (IISH 1950e). Die ICFTU/ERO positionierte sich damit zunächst klar für einen umfassenden europäischen Einigungsprozess, der die politische, wirtschaftliche und soziale Ebene erfassen sollte, und unterstrich den Anspruch, diesen Prozess konkret und initiativ mitzugestalten. Diese Motivation beruhte dabei einmal mehr nicht auf expliziten Verweisen auf gewerkschaftliche Erfahrungen oder Erinnerung an bereits Erreichtes, sondern resultierte vor allem aus dem klar formulierten Organisationsanspruch, die Interessen der Werktätigen in Europa auch in Zukunft machtvoll zu vertreten.

Zwischen Organisationsneuaufbau und europäischer Kooperation

Die in Brüssel verabschiedete Resolution diente der ICFTU und der ERO in den nächsten Monaten als Orientierungshilfe. Denn zunächst standen vor allem organisatorische Aufbauarbeiten an. Das Regionalsekretariat musste ausgestattet und personell besetzt werden. Der britische Post-Gewerkschafter C.J. Geddes wurde zum ERO-Vorsitzenden (Chairman) und der Belgier Walter Schevenels zum ersten Generalsekretär der ERO gewählt. Daneben wurden fast ein Dutzend Bürokräfte und Übersetzer*innen eingestellt. Ein zentrales ERO-Büro wurde in der Nähe der ICFTU-Zentrale in Brüssel eingerichtet. Im ersten Jahr der offiziellen Tätigkeit der ERO (1951) beliefen sich die Kosten für Gehälter und Sozialabgaben, Gebäudemieten und Inventar, Konferenz- und Reiskosten sowie alle weiteren Ausgaben auf knapp 1,3 Millionen Belgische Francs (knapp 120.000 DM), die über Mitgliederbeiträge der nationalen Gewerkschaften (mit großer Mühe) gegenfinanziert wurden (IISH 1951).

Rechenschaft über die organisatorischen Schritte und verauslagten Kosten schuldete das Sekretariat nicht nur der ICFTU, sondern auch der ERO-Vollversammlung, die alle zwei Jahre tagte. Nach dem ersten Kongress Ende des Jahres 1950 fand die nächste Vollversammlung im Oktober 1952 in Lugano statt. Nachdem eine zumindest rudimentär arbeitsfähige Struktur vorlag, rückten Elemente der Erinnerung und Rückschau erstmals ein wenig in den Fokus: So beschwor etwa Präsident Geddes in seiner Begrüßungsrede zum Jahreskongress 1952 die große europäische Verantwortung und Tradition der ERO:

»Europe is the birthplace of modern trade unionism, and the delegates, therefore, have wide experience, and are capable of giving mature judgement on the many complex problems facing trade unionists today«.

Geddes betonte weiter, dass Gewerkschafter weltweit »Weltfrieden« als oberstes Ziel verfolgten, und unterstrich im Anschluss daran die Bereitschaft der ERO zur Kooperation und Mitarbeit beim ökonomischen Wiederaufbau Europas.

Interessanterweise beschwor er nicht nur die ehrwürdige europäische Gewerkschaftstradition und die Kontinuität des Kampfes für Frieden und Wohlstand, sondern forderte die ERO-Mitglieder gleichzeitig zur Mäßigung ihrer Erwartungen hinsichtlich konkreter organisatorischer Erfolge auf:

»We are a young organization, and it is not possible in so short a time [...] to do more than clear our minds as to the problems awaiting our consideration. [...] We must not be content with too little, neither must we expect too much« (IISH 1952, S. 3 f.).

Tatsächlich flossen zunächst zahlreiche Ressourcen der ERO in die Sondierung der politischen Lage in Europa und in den Aufbau offizieller Beziehungen mit bereits bestehenden europäischen Gremien und Organisationen. »Europa« war auch Mitte der 1950er Jahre noch ein hoch fluktuatives Gebilde, geprägt von einem sich ständig wandelnden Kreis von Organisationen. Eine der traditionsreicheren Organisationen war die ILO, die aufgrund ihrer tripartistischen Struktur die Gewerkschaften seit ihrer Gründung stets als Partner eingeschlossen hatte (Maul 2019; Guinand 2003). Die ILO blieb zwar auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein maßgeblicher Player in Europa, konzentrierte sich jedoch zunehmend auf die Entwicklungsländer und die Etablierung internationaler sozialer Rechte (Moyn 2018, S. 97).

Entsprechend war es vor allem der Europarat, der als potenzieller Kooperationspartner gewonnen werden sollte. Für die ERO-Konferenz in Lugano war es dem Organisationskomitee gelungen, einen Repräsentanten des Europarates für eine Rede vor der Vollversammlung zu verpflichten. Dieser bemühte sich redlich, die Gewerkschaften als Verbündete im Kampf für eine »machtvolle europäische öffentliche Meinung« darzustellen, und wies ihnen einen zentralen Teil der Verantwortung für den »Kampf um die Herzen« der Menschen in Europa zu. Konkrete Kooperationszusagen machte er jedoch explizit nicht. ERO-Generalsekretär Schevenels versicherte dem Abgesandten entsprechend, dass »die Gewerkschaften seit jeher an vorderster Front der Idee eines geeinten Europas, ja einer geeinten Welt« gestanden hätten. Gleichzeitig sprach er jedoch deutlich das Problem an, dass es bisher kaum formalisierte Möglichkeiten gebe, diese Positionen als Gewerkschaftsbund auch offiziell zu Gehör zu bringen (IISH 1952, S. 14).

Schevenels Einlassung verweist auf das übergeordnete Problem, dass die ICFTU/ERO bei den neuen europäischen Organisationen – anders in der tripartistisch organisierten ILO – nur in sehr begrenztem Maße Möglichkeiten der direkten Einflussnahme erringen konnten. So beklagten beispielsweise die niederländischen Gewerkschafter, dass die OEEC das Trade-Union-Advisory Committee des Marshallplans schlicht hatte auslaufen lassen, sodass internationale

Gewerkschaften bei vielen dort verhandelten Fragen von europäischer Tragweite ausgeschlossen waren (ebd., S. 18). Auch mit der NATO bestanden trotz eines frühzeitig etablierten konsultativen Status nur sporadische und formal kaum etablierte Beziehungen (Carew 2000, S. 205 f.).

Dies führte bereits früh zu Unmut, der sich einerseits gegen die schwer zu erreichenden neuen europäischen Institutionen richtete, andererseits jedoch schnell auch die ERO-Führung selbst traf. So wurde ihr bereits in Lugano eine »Bittsteller-Haltung« vorgeworfen und angemerkt, dass sie sich auch gegenüber der ICFTU immer wieder in die Rolle einer Hilfsorganisation drängen lasse, anstatt die »spezifischen europäischen Fragen und Probleme« selbstbewusst anzugehen (IISH 1952, S. 20).

Zu diesen spezifisch »europäischen Fragen« gehörten frühzeitig auch die sich im Verlauf des Jahres 1951 konkretisierenden Verhandlungen über die Errichtung der sogenannten Montanunion. Wie schon erwähnt, hatte die ICFTU selbst eine Vereinigung und Koordinierung der zentralen westeuropäischen Schlüsselindustrien gefordert und konnte den von Robert Schumann vorgelegten Plänen einiges abgewinnen. So hatte etwa der deutsche Vertreter in der ERO, Ludwig Rosenberg (DGB), bereits 1950 betont, dass »die heute als Schumannplan bekannte Idee [...] ein Teil jener großen Konzeption« sei, »die wir als wesentlichste Garantie der Freiheit und des Friedens immer vertreten haben«. Man müsse, so Rosenberg weiter, »bereit sein, politische Souveränität an eine höhere Einheit abzugeben«, wolle man Europa nicht beim Gang in »Chaos und politischen Untergang« zusehen (Rosenberg 1950, S. 243). Entsprechend engagiert und ernsthaft zeigten sich sowohl die nationalen Gewerkschaften der sechs an der Montanunion beteiligten Mitgliedsländer als auch die ICFTU/ERO in den Gesprächen über die Etablierung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Während die nationalen Gewerkschaften allerdings mit am Verhandlungstisch saßen (Cramm 2016; Bühlbäcker 2009), war die Rolle der ERO etwa undefinierter. Unklar war nicht nur die Arbeitsteilung mit der ICFTU (deren Präsident, Paul Finet, 1952 die ICFTU verließ und Mitglied der Hohen Behörde wurde), sondern auch, wie genau die künftige Einflussnahme und thematische Schwerpunktsetzung der ERO im Rahmen der EGKS aussehen sollte.

Dieses Problem kam auch bei der ERO-Vollversammlung 1954 erneut auf die Agenda. Sowohl die französischen Gewerkschaftsvertreter als auch die deutsche Delegation forderten die Erarbeitung einer Resolution, die den Anspruch der ERO auf direkte Repräsentation in OEEC, EGKS und allen relevanten internationalen Verhandlungen forderte. Vor allem der Eindruck, dass es der Arbeitgeberseite zunehmend gelang, direkten Einfluss geltend zu machen,

wurde warnend notiert (IISH 1954a, S. 4–5). In der betreffenden Debatte verwies Generalsekretär Schevenels einerseits auf zu Recht kritisierte Effektivitätsprobleme der ERO und rief die nationalen Mitglieder zu mehr Geschlossenheit in europäischen Fragen und beim Aufbau grenzüberschreitenden Drucks auf. Andererseits betonte er, dass es der Gewerkschaftsbewegung in den »nun hundert Jahren ihres Bestehens« noch nie gelungen sei, alle erwünschten Ziele voll zu verwirklichen. Schevenels schloss, die Vereinigung Europas sei – das wisse gerade die internationalen Gewerkschaften aus Erfahrung – eine langwierige Gemeinschaftsarbeit zahlreicher Akteure auf vielen Ebenen, die niemals über Nacht erreicht werden könne (ebd., S. 6).

Die in Lugano verabschiedeten Resolutionen »On Western European Union« und »On Certain Economic and Social Problems in Europe« griffen diese Mahnung auf. Sie bemängelten nicht nur den Ausschluss von den Pariser EGKS-Verhandlungen, sondern forderten engere Kooperation der Nationalstaaten sowie eine Inklusion der Gewerkschaften in Entscheidungsgremien und die Gründung eines tripartistischen »European Economic and Social Council«, um das Problem mangelnder gewerkschaftlicher Repräsentation in Europa aus der Welt zu schaffen (IISH 1954b; IISH 1954c).

Auf dem Weg in die EWG

Tatsächlich gelang es der ERO und ihren Repräsentanten in der Folge, klarere Kante zu zeigen und sichtbarer zu werden. Der ERO-Aktivitätsbericht für den Zeitraum von November 1954 bis März 1956 listete zahlreiche Treffen mit den Generalsekretären der OEEC, der ECE sowie alle Teilnahmen als Beobachter an Sitzungen des Europarats auf (IISH 1956a). Die ERO war als europäischer Verband zunehmend etabliert und funktionierte ohne die Reibungsverluste der Anfangsjahre. Mit knapp 23,9 Millionen Mitgliedern vertrat sie zudem einen wachsenden Teil der westeuropäischen Industriearbeiterschaft und führte dies nicht zuletzt auf die im Jahr 1954 angestoßenen europaweiten Gewerkschaftskampagnen zur Erhöhung des Lebensstandards und zur Verkürzung der Arbeitszeit zurück (ebd., S. 2; IISH 1956b, S. 15–23).

Sinnbildlich für dieses selbstbewusste Auftreten auf europäischer Ebene war sicherlich die im August 1955 von den Gewerkschaften veranstaltete Konferenz zur »Wiederbelebung der Europäischen Idee« in Brüssel. Nicht nur die groß angelegte Einladungspolitik, sondern auch ein gewisses historisches Pathos, mit dem sich dem »Revival« der Europäischen Idee angenähert wurde, war bemerkenswert. Die Konferenz bezog sich ausdrücklich auf die Beschlüsse des Ministerrates von Messina (1. bis 2. Juni 1955) und ließ in einem Statement verlauten:

»Progressive economic and social policies within purely national spheres are no doubt of vital importance but in themselves they are insufficient to solve Europe's pressing problems. New prospects of progress will be opened by creating a larger market and by producing every important commodity where the economic advantages for its production are best. The time has now come for Western Europe to take decisive steps towards closer economic cooperation and the establishment of a common market« (IISH 1955a, S. 2).

Gleichzeitig forderten die Gewerkschaften sehr dezidiert sichtbarere Möglichkeiten zur Mitbestimmung und verwiesen darauf, dass gerade die Gewerkschaften in der Lage seien, als Multiplikatoren einer weiterentwickelten demokratischen europäischen Einigung zu fungieren (ebd., S. 4).

Auf der Konferenz selbst stellte Walter Schevenels zum Auftakt die zu verhandelnden Fragen vor und begann seine Ausführungen mit einem historischen Rückblick. Er verwies nicht nur auf Europas »inferiore« Rolle – im Vergleich zu den USA und der UdSSR –, die aus der bisherigen Zerklüftung und Konkurrenz der europäischen Nationalökonomien und Märkte folge, sondern vollzog auch Konjunktur und Krise der europäischen Idee nach dem Zweiten Weltkrieg nach:

»During World War II already, and especially immediately afterwards, the European idea put on a very promising spurt [...] towards European unification. As this endeavor came up against too much nationalistic resistance, it was hoped to reach the final goal via functional or partial integrations« (IISH 1955b, S. 1 f.).

Interessanterweise bezog sich Schevenels hier offenbar gerade nicht auf ältere Europa-Ideen und Traditionen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem in der Zwischenkriegszeit, innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung Konjunktur gehabt hatten (Buschak 2009). Europa und die europäische Integration wurden zunehmend, so zeigt etwa diese Formulierung sehr deutlich, auf die institutionelle Landschaft, die sich in den späten Kriegsjahren als Plan abzeichnete und nach Kriegsende dann schrittweise und sehr asymmetrisch geschichtet (und sicher nicht einem Plan entsprechend) entstand, eingeführt.

Entsprechend konkret und auf die Gegenwart bezogen lesen sich auch Schevenels weitere Überlegungen: Während einige Projekte wie die EGKS halbwegs erfolgreich vorangetrieben worden seien, seien andere, wie der Pool Vert oder auch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert, trotz entschiedener zivilgesellschaftlicher Unterstützung durch Parteien und Gewerkschaften. Schevenels betonte jedoch, dass die Beschlüsse von Messina der gewerkschaftlichen Hoffnung auf »mehr« Europa nun endlich wieder Nahrung gegeben hätten, und rief die Anwesenden zur Diskussion gemeinsamer Leitlinien auf (ebd., S. 3 f.).

Es würde zu weit führen, alle Aspekte der dreitägigen Konferenz aufzugreifen. Zentrale Themen waren neben dem Transport- und Energiesektor auch soziale Fragen sowie der Aspekt der Repräsentation und aktiven Einbindung gewerkschaftlicher Akteure in die neuen europäischen Institutionen. Alle Anwesenden unterstrichen auf der Konferenz die gewerkschaftliche Selbstbeschreibung als Multiplikator »europäischer Ideen und Ideale«, die nicht zuletzt aus der genuinen organisatorischen Struktur der Gewerkschaften folge. Laut Ludwig Rosenberg sei es ohnehin gar nicht möglich, sauber »zwischen nationalen und internationalen Interessen« der Gewerkschaften zu unterscheiden (IISH 1955c). Diese Einlassung zeigt, dass zumindest implizit ein klares Bewusstsein für die historisch-transnationale Dimension und Vergangenheit als grenzüberschreitende »Bewegung« unterstrichen wurde.

ICFTU-Generalsekretär Oldenbroeck betonte darüber hinaus, dass die Frage ohnehin nicht mehr laute, ob eine europäische Integration stattfinden werde, sondern es letztlich nur noch um die genaue Form gehe. Da die Regierungen über Jahre mit der europäischen Idee »gespielt« hätten, müsse man sich zur Not auch mit den Arbeitgebern verbünden, um sicherzustellen, dass alle demokratischen Kräfte am geeinten Europa beteiligt seien (ebd., S. 8).

Das im Anschluss an den Kongress veröffentlichte europäische »Aktionsprogramm« war im Ton entsprechend selbstbewusst: Es bilanzierte, dass die Gewerkschaften einerseits die psychologische Aufgabe hätten, das Vertrauen der Arbeiter in die europäische Sache zu stärken. Darüber hinaus sei es jedoch vor allem notwendig, den Druck auf die Regierungen zu erhöhen »so as to get them to pursue fresh policies likely to produce immediate, practical and concrete results« (IISH 1955d). Im Papier sprach man sich zwar grundlegend für eine funktionale bzw. groß angelegte Integration aus, gleichzeitig wurde aber betont, dass auch regionale Integrationsmaßnahmen zu fördern seien. Neben einer nachhaltigen Demokratisierung von EGKS und OEEC forderte die ERO zudem eine europäisch koordinierte Fiskalpolitik, klarere ethische Handelsstandards und das Bekenntnis zu Arbeitsmigration und Vollbeschäftigung in Europa (ebd.).

Ausblick und Fazit

Der Anlass zur Klage über die mangelnde Bereitschaft der Regierungen, die Gewerkschaftsverbände auf europäischer Ebene tatsächlich einzubinden, sollte sich auch in den folgenden Jahren nicht ändern. Sowohl 1956 auf der Vollversammlung der ERO in Frankfurt als auch auf nachfolgenden Kongressen und Versammlungen wurde das Problem mangelnder demokratischer Teilhabe der

Gewerkschaften thematisiert und kritisch diskutiert (IISH 1956b, S. 31). Weder der 1958 gegründete Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss noch die anderen neuen EWG-Gremien wurden den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend als tripartistische Gremien konzipiert.

Während auf nationaler Ebene in fünf von sechs EWG-Mitgliedsländern tripartistische Wirtschafts- und Sozialräte existierten, ließen sich die direkte Einbindung und Konsultation von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen auf EWG-Ebene (gegen deutschen Druck; Loth 1997, S. 173 f.; Nützenadel 2005, S. 216) schlicht nicht durchsetzen. Damit blieb eine zentrale Forderung der ERO und der nationalen Gewerkschaften nach einem demokratischen Europa der Mitbestimmung ungehört.

Es lag ein Stück weit jedoch in der Struktur und Selbsterzählung der ERO, die Position am europäischen Katzentisch nicht einfach so hinzunehmen. Der historische Bezug darauf, als Teil der Gewerkschaftsbewegung bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert Millionen Arbeitnehmer*innen in Europa zu vertreten und entsprechend ein europäischer Akteur der ersten Stunde zu sein (Buschak 2014), war durchaus präsent und funktionierte trotz einer gewissen Abstraktheit als starke Triebkraft und Legitimationsnarrativ. Entsprechend suchte die ERO sich immer wieder proaktiv Aufgaben und agierte so, als sei sie tatsächlich an den Verhandlungen über europäische Sachfragen nicht nur beteiligt, sondern maßgeblich verantwortlich. Denn eine europäische Einigung (im weitesten Sinne) wurde während der 1950er Jahre innerhalb der ERO ganz klar als Prozess diskutiert, über dessen Form man streiten mochte, deren grundsätzliche Notwendigkeit jedoch auf der Hand lag.

»Europäische Integration« galt als probates Mittel zur Überwindung nationaler Egoismen und als Grundstein für einen dauerhaften Frieden und soliden Wohlstand auf dem kriegs- und krisengeschüttelten Kontinent. Stefan Remeke ist daher durchaus zuzustimmen, dass die Gewerkschaften punktuell immer wieder als »Motoren der europäischen Integration« fungierten (Remeke 2009). Wirtschaftliche Entwicklung und notwendige gesellschaftliche Modernisierung, sozialer Zusammenhalt und das Ende ruinöser Standortkonkurrenz – all das erschien den Gewerkschaften in Europa auf lange Sicht nur im Rahmen einer an den Bedürfnissen der Werktätigen orientierten gesamteuropäischen Strategie denkbar. Darüber hinaus waren gerade in den 1950er Jahren noch eine ganze Reihe an polyglotten, durch Krieg und Exil geprägten Gewerkschaftsfunktionären aktiv, deren grenzüberschreitende Biografien und exzellente internationale Vernetzung ihnen ein derart europäisches Engagement erlaubten (Herren 2013).

Während allgemeine Verweise auf die internationale Struktur und europäische gewerkschaftliche Traditionen in den Debatten und Positionspapieren der

ICFTU/ERO also durchaus auftauchten, bilden konkrete Erinnerungen an gewerkschaftliche Europa-Ideen der ersten Jahrhunderthälfte eine frappante Leerstelle: Weder Bezüge auf Denker und Theoretiker noch Verweise auf kontrovers diskutierte Modelle europäischer Politik (jenseits des Tripartismus) spielten nach 1945 noch eine nennenswerte Rolle. Auch autobiografisch inspirierte Diskussionen über die Erfahrungen mit »europäischer« Gewerkschaftsarbeit während der Kriegsjahre (oder über ihr Scheitern) lassen sich kaum nachweisen, selbst wenn dies sicher auch an der Art der hier analysierten Akten liegt.

Die europäische Einigung, so scheint es jedenfalls, wurde nach 1945 im Kontext der ICFTU/ERO sehr schnell zu einem konkreten Projekt, dessen historische Schichtungen und Ideen-Fundamente im Mahlstrom der tagespolitischen Ereignisse nunmehr oft eine marginale Rolle spielten. Während die abstrakte Erinnerung an internationale gewerkschaftliche Traditionen und transnationale Bewegungserfahrungen das gewerkschaftliche Europa-Engagement als Deutungsfolie durchaus weiterhin prägte, spielten konkrete Bezüge auf konzeptionelle Europa-Ideen und europäische Gesellschaftsentwürfe der ersten Jahrhunderthälfte für die ICFTU/ERO in der zweiten Jahrhunderthälfte keine nennenswerte Rolle mehr.

Europa wurde »gemacht«. Und auch dort, wo es »gedacht« wurde, bezogen sich Konzepte, Ideen und Pläne zunehmend auf sehr konkrete Ereignisse und institutionelle Konfigurationen. Erinnerungen an ein Europa der Gewerkschaften der ersten Jahrhunderthälfte, so scheint es, ließen sich nur bedingt in das europäische Projekt der Nachkriegszeit übersetzen.

Literatur und Quellen

- Bühlbäcker, Bernd (2009): Debatten um die Montanunion. Gewerkschaften und europäische Integration in den 1950er Jahren. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen* 42, S. 43–62.
- Buschak, Willy (2009) Der große Umbau der europäischen Wirtschaft: Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und die europäische Einigung. In: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 42, S. 25–42.
- Buschak, Willy (2014): *Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert*. Essen: Klartext.
- Carew, Anthony (2000): *Towards a Free Trade Union Centre. The International Confederation of Free Trade Unions (1949–1972)*. In: Linden, Marcel van der (Hrsg.): *International and Comparative Social History* 3, S. 187–339.

- Cramm, Severin (2016): Im Zeichen der europäischen Integration. Der DGB und die EGKS-Verhandlungen 1950/51. In: *Arbeit – Bewegung – Geschichte* 15, H. 2, S. 78–96.
- Gilbert, Mark (2008): Narrating the Process: Questioning the Progressive Story of European Integration. In: *Journal of Common Market Studies* 46, H. 3, S. 641–662.
- Gilbert, Mark (2012): *European Integration. A Concise History*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Goethem, Geert van (2006): The Amsterdam International. The world of the International Federation of Trade Unions, 1913–1945. Aldershot: Ashgate.
- Greiner, Florian (2012): Der transatlantische Spiegel: Konstruktionen des »Europäischen« in englischen und englischen Printmedien. In: Bösch, Frank/Brill, Ariane/Greiner, Florian (Hrsg.): *Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie*. Göttingen: Wallstein, S. 143–170.
- Guinand, Cédric (2003): *Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Soziale Sicherheit in Europa (1942–1969)*. Bern: Peter Lang.
- Hall, Peter A./Soskice, David W. (2001): An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Hall, Peter A./Soskice, David W. (Hrsg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: University Press, S. 1–68.
- Hansen, Peo/Jonsson, Stefan (2016): *Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism*. London: Bloomsbury.
- Herren, Madeleine (2013): Between Territoriality, Performance, and Transcultural Entanglement (1920–1939). A Typology of Transboundary Lives. In: *Comparativ* 6, H. 23, S. 100–124.
- Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner (2014): *Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*. Frankfurt am Main: Campus.
- IISH – International Institute of Social History (1950a): ICFTU 1307. Report on Problems of the Economic Integration of Western Europe, o.D. [Mai 1950], Amsterdam.
- IISH – International Institute of Social History (1950b): ICFTU 1307. Report of the General Secretary, 1ER/5 Agenda Item 5, ERO Conference Brussels, 1.–4. November 1950.
- IISH – International Institute of Social History (1950c): ICFTU 1307. Satzung des Europäischen regionalen Sekretariats, Präambel, ID 20.11.1950.
- IISH – International Institute of Social History (1950d): ICFTU 1307. Supplement to Report on Economic Integration of Western Europe, Circ 23 Document 2, EB/19.

- IISH – International Institute of Social History (1950e): ICFTU 1307. Resolutionsentwurf der Vollsitzung der Konferenz, vom Ausschuss Nr. 2 vorgelegt, ERO Konferenz Brüssel, 1.–4. November 1950, 1ER/9.
- IISH – International Institute of Social History (1951): ICFTU 1308. ERO Rechnungsbericht für 1951, ERO Conf. 2/8.
- IISH – International Institute of Social History (1952): ICFTU 1308. Summary Report on the Second European Regional Conference, Lugano, 22.–24. Oktober 1952, ERO/Conf/Min. 2.
- IISH – International Institute of Social History (1954a): ICFTU 1309. Summary Report of the Third European Regional Conference, Strasbourg, 3.–5. November 1954, ERO/Conf/Min 3.
- IISH – International Institute of Social History (1954b): ICFTU Resolution on Certain Economic and Social Problems in Europe (unanimously adopted), ERO/Conf. Min 3, Appendix 3, 5. November 1954.
- IISH – International Institute of Social History (1954c): ICFTU Resolution on Western European Union, ERO/Conf. Min 3, Appendix 4, 5. November 1954.
- IISH – International Institute of Social History (1955a): ICFTU 1317. Trade Union Conference for the Revival of the European Idea, Draft Statement, ERO/SP Cnf. 55/2 amended.
- IISH – International Institute of Social History (1955b): General Aspects of European Integration and the development of a Common Market, Rapporteur W. Schevenels, General Secretary of the ERO, ERO/sp. Cnf 55/6.
- IISH – International Institute of Social History (1955c): ICFTU 1317. Summary Report of Trade Union Conference on the Revival of the European Idea, 25.–27. September 1955, ERO/Sp. Cnf 55.Min.
- IISH – International Institute of Social History (1955d): ICFTU 1310. Programme of Immediate Trade Union Action Aimed at Facilitating European Cooperation and Economic Integration, ERO/CES.55/1, 10.10.1955.
- IISH – International Institute of Social History (1956a): ICFTU 1310. Report on Activities from 1 November 1954 to 31 March 1956, ERO/conf. 4.3.
- IISH – International Institute of Social History (1956b): ICFTU 1311. Report on the European Regional Conference in Frankfurt, 22.–24. Mai 1956.
- Kaelble, Hartmut (2000): Wie kam es zum europäischen Sozialmodell? In: Aust, Andreas/Leitner, Sigrid/Lessenich, Stephan (Hrsg.): Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens. Opladen: Leske und Budrich, S. 39–53.
- Kaelble, Hartmut (2011): Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989. München: C.H. Beck.
- Kaiser, Wolfram/Schot, Johan W. (2014): Writing the Rules for Europe. Experts, Cartels, and International Organizations. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Kott, Sandrine (2010): Constructing a European Social Model. The Fight for Social Insurance in the Interwar Period. In: Daele, Jasmien van/Rodriguez Garcia, Magaly/Goethem, Geert van (Hrsg.): ILO Histories. Bern: Peter Lang, S. 173–195.
- Loth, Wilfried (1997): Deutsche und französische Interessen auf dem Weg zu EWG und Euratom. In: Wilkens, Andreas (Hrsg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, 1945–1960. Sigmaringen: Thorbecke, S. 171–188.
- Maul, Daniel (2010): Die ILO und die Globalisierung der Menschenrechte, 1944–1970. In: Hoffmann, Stefan-Ludwig (Hrsg.): Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein, S. 285–310.
- Maul, Daniel (2019). The International Labour Organization: 100 Years of Global Social Policy. Berlin: De Gruyter.
- Moyn, Samuel (2018): Not Enough. Human Rights in an Unequal World. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Nützenadel, Alexander (2005): Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik, 1949–1974. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Patel, Kiran Klaus (2013): Provincialising European Union. Co-operation and Integration in Europe in a Historical Perspective. In: Contemporary European History 22, H. 4, S. 649–673.
- Paxton, John (1977): A Dictionary of the European Economic Community. London: Facts on File.
- Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (1983): »The Iron Cage Revisited«: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review 48, H. 2, S. 147–160.
- Reinalda, Bob (1998): Biographischer Eintrag zu OLDENBROEK, Jacobus Hendrik, in: BWSA 7, S. 155–160.
- Remeke, Stefan (2009): Gewerkschaften als Motoren der europäischen Integration. Der DGB und das soziale Europa von den Römischen Verträgen bis zu den Pariser Gipfelkonferenzen (1957–1974). In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 42, S. 141–164.
- Rempe, Martin (2012). Entwicklung im Konflikt: Die EWG und der Senegal 1957–1975. Köln: Böhlau.
- Rist, Gilbert (2006): The History of Development. From Western Origins to Global Faith. London: Zed Books.
- Rosenberg, Ludwig (1950): Eine Idee beschäftigt die Welt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1, H. 6, S. 241–244.
- Schmelzer, Matthias (2016): The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm. Cambridge: University Press.

- Sturmthal, Adolf (1952): World Labor Manifesto. Industrial and Labor Relations. In: Review 5, H. 2, S. 258–264.
- Torp, Cornelius (2015): Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat: Alter und Alterssicherung in Deutschland und Großbritannien von 1945 bis heute. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Wieters, Heike/Fertikh, Karim (2019): Ringen um ein soziales Europa. Gewerkschaften auf dem Weg nach Brüssel, 1950er bis 1970er Jahre. In: Eigmüller, Monika/Tietze, Nikola (Hrsg.): Ungleichheitskonflikte in Europa. Jenseits von Klasse und Nation. Wiesbaden: Springer VS, S. 93–111.
- Zimmermann, Bénédicte (2006): Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie. Frankfurt am Main: Campus.